



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

**STEFAN ZIMKEIT MDL**

Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 53  
F 0211.884-31 87  
stefan.zimkeit@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

## Maßnahmenvorschlag

### **Programm für den sozialen und wirtschaftlichen Neustart von NRW**

Einrichtung eines Fonds für den wirtschaftlichen und sozialen Neustart von NRW aus der Coronakrise im Umfang von 10 Milliarden Euro aus dem NRW Rettungsschirm.

Die genaue Ausgestaltung des Programms beschließt der nach Anhörung der Betroffenen.

#### Begründung

Die Coronakrise hat erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in NRW. Sie hat die soziale Spaltung im Land verstärkt und die Existenz vieler Betriebe und Soloselbstständiger gefährdet. Der inzwischen weitreichende Impffortschritt fördert die Hoffnung auf ein baldiges Ende der Pandemie.

Damit daraus auch ein sozialer und wirtschaftlicher Neustart für NRW wird, muss jetzt über die Pandemie hinausgedacht und gehandelt werden. Es darf nicht weiter nur auf Maßnahmen des Bundes gewartet werden. NRW muss jetzt entschlossen handeln. Deshalb muss ein NRW-Fonds zu Finanzierung eines Maßnahmenpakets zur Überwindung der Krise aufgelegt werden. Dies muss Vorrang vor der Erstattung der Steuerausfälle für den Landeshaushalt haben. Aus dem Fonds sollen folgende Maßnahmen finanziert werden:

#### **Bildungsgerechtigkeit schaffen**

Auf Bundesebene ist mit dem Neustartprogramm für Kinder und Jugendliche ein starkes Zeichen gesetzt worden. Dem müssen weitreichende Maßnahmen für mehr Chancengleichheit auf Landesebene folgen. Allein die Co-Finanzierung des Bundesprogramms reicht hier nicht aus. Stattdessen braucht es eine Familien- und Bildungsoffensive.

Dazu gehören die Ausweitung der Schulsozialarbeit, zusätzliche Mittel für Schulen und Kitas nach einem echten Sozialindex und die Schaffung zusätzlicher Angebote, etwa im Ganztags- und in den Ferien, um Benachteiligungen durch die Coronakrise auszugleichen.

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Dazu gehören auch Studierende, deren Situation durch wegfallende Mini-Jobs teilweise erheblich verschärft wurde. Auch hier gilt es, bestehende Institutionen finanziell zu stärken. Damit Studierende ohne finanzielle Belastungen wieder durchstarten können, muss das Land die Belastungen aus den aufgenommenen KfW Krediten des Bundes übernehmen.

### **Arbeitsplätze und Existenzen sichern – Pleitewelle verhindern**

Die nun eingeleiteten Öffnungen helfen den besonders betroffenen Branchen. Trotzdem werden sie auch länger an den Folgen von Corona zu leiden haben. Daher sind Ergänzende Unterstützung von Branchen wie Gastronomie, Schausteller, lokaler Einzelhandel, Reisebranche, Veranstalter, Messebauer und Soloselbstständige dringend notwendig. Hier müssen insbesondere langfristige negative Auswirkungen der Pandemie auf Betriebe berücksichtigt werden.

### **Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen**

Zur Sicherstellung ihrer Handlungs- und Investitionstätigkeit werden den Städten und Gemeinden ihre coronabedingten Einnahmeausfälle und Mehrkosten für die Jahre 2021 und 2022 erstattet. Dazu gehören vor allem die Gewerbesteuer. Es muss echte finanzielle Hilfen statt einer Kreditierung wie beim Gemeindefinanzierungsgesetz geben.

### **Ausbildungschancen sichern – Fachkräftemangel vorbeugen**

In der Krise sank die Zahl der Ausbildungsplätze erheblich. Dies verschlechtert die Zukunftschancen von Jugendlichen und führt zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels. Die Wirtschaft ist in der Pflicht für ausreichend Ausbildungsplätze zu sorgen. Wo dies wegen der Krise nicht funktioniert, muss durch ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Unternehmen, und wo dies nicht ausreicht in außerbetrieblichen Ausbildungsstellen, gegengesteuert werden.

### **Lebenswerte Innenstädte erhalten**

Programm für das Überleben der Innenstädte: Mit den Kommunen müssen flexible Fördermöglichkeiten zur Attraktivierung der Stadtmitten und Stadtteilzentren ausgearbeitet werden, die auch Alternativen jenseits des klassischen stationären Einzelhandels umfasst.

Dazu gehören eine Ausweitung und Verstärkung der Innenstadtförderung. Alle Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Ankerimmobilien anzumieten und gegebenenfalls zu kaufen. Sie dürfen nicht nur Zuschauer bei der Entwicklung der eigenen Innenstadt sein, sie müssen zu Akteuren gemacht



werden. Die bisherige Städtebauförderung muss in eine nachhaltig wirkende Förderung für unsere Innenstädte weiterentwickelt werden. Es darf nicht nur eine Förderung für Steine und Laternen geben, es müssen zukunftsweisende Konzepte nachhaltig unterstützt werden, die einen attraktiven Mix aus Handel, Gastronomie, Kultur/Freizeit, Arbeit und Wohnen in den Innenstädten möglich machen.

### **Eltern finanziell entlasten**

Der Besuch der Kita und der OGS wird im Jahr 2021 beitragsfrei gestellt und den Kommunen vollständig erstattet.

### **Sport-, Kultur- und Medienlandschaft erhalten**

Auflegen eines Programms zur Förderung von kulturellen Einrichtungen, Institutionen, Festivals und freien Trägern inklusive Angeboten der kulturellen Bildung, die monatelang überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt arbeiten durften. Unterstützung des Sports beim „Restart“; u.a. durch den deutlichen Ausbau von (Schul-) Schwimmkursen und die Unterstützung von Pächtern von Vereinsheimen.

Dies gilt auch für die Unterstützung der Lokalradiostruktur in NRW, welche durch fehlende Werbeeinnahmen gefährdet ist.

### **Restart für das Ehrenamt**

Für ehrenamtlich getragene Vereine und Verbände war die Krise eine große Belastung. Es bestehen Sorgen, dass bisher aktive Ehrenamtliche nach der Pandemie nicht mehr im selbem Maße mitarbeiten. Daher sollen Vereine und Verbände dabei unterstützt werden ihre ehrenamtlichen Strukturen wiederaufzubauen.

### **Wirtschaftsstruktur modernisieren**

Zudem soll die Förderung der grünen Wasserstoffwirtschaft als wichtiger Baustein einer CO<sub>2</sub>-neutralen Ökonomie ausgebaut werden. Hierzu gehört die Förderung von Kooperationen von Unternehmen, Forschungsinstituten und zukünftigen Nutzern von Wasserstoff wie Verkehrs- und Energieunternehmen.

### **Stärkung des Nahverkehrs**

Den Kommunen werden die Einnahmeausfälle des ÖPNV für das Jahr 2021 und 2022 erstattet, sofern sie das Angebot auf dem Vor-Corona-Niveau sicherstellen. Bei einer Angebotserweiterung erhalten die Kommunen



zusätzliche Mittel, um die Verkehrswende und so den Klimaschutz voranzutreiben.

### **Zukunftsfähige Gesundheitsangebote**

Es wird ein Programm gegen den Kahlschlag bei Krankenhäusern aufgelegt und dauerhafte Strukturen für Coronaimpfungen und andere Impfkampagnen sichergestellt.

### **Schaffung von Strukturen für weitere pandemische Lagen**

Stärkung von Forschung und Wissenschaft zur Bekämpfung und Begleitung von Pandemien. Finanzierung von Lüftungsanlagen in öffentlichen Gebäuden, insbesondere Kitas und Schulen, Förderung der einheimischen Produktion und ausreichende Bevorratung von Schutzkleidung, Desinfektionsmitteln und ähnliches.

Die genaue Ausgestaltung von und ggf. Ergänzung der Maßnahmen und die Aufteilung der Mittel beschließt der Landtag nach Anhörung der Betroffenen.